

# Riesfaer Tageblatt



Druckerschrift  
Tageblatt Riesfa.  
Fernruf Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort:  
Dresden 1534.  
Verlag:  
Riesfa Nr. 52.

Nr. 117.

Mittwoch, 21. Mai 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bemittelte Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Postanschrift und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesfa.

## Der 22. Juni Wahltag in Sachsen

### Der Sächsische Landtag aufgelöst.

#### Die Volkspartei schlägt einheitliche Front der bürgerlichen Parteien vor.

Dresden, 20. Mai. Nach mehrstündiger Debatte wurde heute nachmittags in der fünften Stunde die Abstimmung über die beiden Auflösungsanträge vorgenommen. Für die Anträge wurden 50 Stimmen, dagegen 46 Stimmen abgegeben. — Landtagspräsident Beckel erklärte um 4.25 Uhr den Landtag auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses für aufgelöst.

Diese Meldung ging uns gestern erst kurz nach Beginn des Druckes des „R. T.“ zu, weshalb ein kleiner Teil der Auflage ohne diese Veröffentlichung erschienen ist.

### Die Auflösungsdebatte im Sächsischen Landtag.

M. Dresden, den 20. Mai 1930.

Die Tribünen des Hauses sind bis auf den letzten Stehplatz gefüllt. Vor dem Plenarsaal stehen größere Trupps Männer, die sich lebhaft unterhalten. An den Regierungstribünen sitzen Ministerpräsident Schied, Finanzminister Dr. Geblich und Justizminister Dr. Mannsfeld. Man erwartet Annahme der Auflösungsanträge mit 50 gegen 46 Stimmen. Den einzigen Beratungspunkt bilden die sozialdemokratischen und kommunistischen

#### Anträge auf Auflösung des Landtages.

Der vom Präsidenten bestellte Berichterstatter Abg. Hartig (Soz.) weist darauf hin, daß hinsichtlich der Stellung der Parteien zu den Auflösungsanträgen drei Gruppen vorhanden seien: 1. die Gruppe, die die Auflösungsanträge gestellt habe, Sozialdemokraten und Kommunisten, 2. die Gruppe der bürgerlichen Parteien, die im gegenwärtigen Augenblick eine Auflösung nicht für notwendig halten und 3. die Gruppe der Nationalsozialisten, die bis heute im Landtag noch keine klare Erklärung abgegeben hätten. Die Sozialdemokratie erklärt, daß, wenn die Möglichkeit der Schaffung einer arbeitfähigen Regierung im Parlament nicht vorhanden sei, nichts weiter übrig bleibe, als der erneute Appell an die Wähler. Die Sozialdemokratie verleihe ein selbständiges Arbeitsministerium, weil heute die Hauptaufgabe sei, Maßnahmen zu treffen gegen die Arbeitslosigkeit und Sicherungen zu schaffen für die wirtschaftlich Schwachen. Der Redner beantragt, den sozialdemokratischen Auflösungsantrag anzunehmen und damit den kommunistischen Antrag für erledigt zu erklären.

Abg. Liebmann (Soz.) verliest eine längere Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion, durch die sie ihre Zustimmung zu dem Auflösungsantrag begründet. Das Kabinett Hänger sei reaktionär gewesen, es habe unter dem Besche des Verbandes Sächsischer Industrieller gestanden. In der Erklärung wird nochmals das sozialdemokratische Regierungsprogramm wiederholt; was ein Nazi-Sachsen bedeute, zeige sich in Thüringen. Eine verstärkte Wiederkehr der Nationalsozialisten müsse verhindert werden. Die Sozialdemokratie kämpfe für einen neuen besseren Landtag.

Abg. Renner (Komm.): Die bisherige Tätigkeit des Kabinetts Schied bestätige die Befürchtungen der Kommunisten. Der Redner richtet heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten und wirft ihnen Klassenverräterisches Handeln vor.

Abg. Diekmann (D.V.): Das Programm seiner Partei sei unabänderlich. Sie habe sich redlich bemüht, eine arbeitfähige Regierung zu errichten, die die Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht erhalten und das Land lauber verwalten würde. Es kam auch darauf an, politische Voraussetzungen für die Verabschiedung des Staats zu schaffen. Der Redner wendet sich dann scharf gegen die Nationalsozialisten, die zuerst zweimal die Wahl Schieds ermaßigt hätten, jetzt aber das Kabinett Hänger wollten. Die Nationalsozialisten brauchten die Wahlen, um die Uneinigkeit im eigenen Lager zu verdecken; denn der eine Teil neigt zu den Bürgerlichen, der andere zu den Kommunisten. Der Redner charakterisiert die Nationalsozialisten als Mittelungen nationalsozialistischer Versammlungsredner. Was die Nationalsozialisten heute in Sachsen treiben, sei Katastrophopolitik. Das politische Gesetz dieser Leute sei die Faust. In verantwortungsvoller und unerhörtester Weise sei Hindenburg von den Nationalsozialisten behandelt worden. Gegen die Leute mit solcher Politik und solcher Gesinnung, die Sachsen jetzt in einen Wahlkampf hineintreiben, habe sich eine

Koalition aller anständigen Parteien gebildet. (Beifall)

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtschaftsp.): Das Kabinett Schied könnte man nicht als ein unpolitisches, sondern als ein überparteiliches bezeichnen. Seine Partei werde ihm die Treue halten. Weil man die Parteidisziplin vor das allgemeine Volkswohl stelle, könne man für Auflösung des Landtags, die das Volk nicht wolle.

Abg. Dr. Eberle (Dnat.): Der Grund aller sächsischen Unruhe ist die Weimarer Verfassung und die Erbschuld der Steuererhebung. Den Ländern und Gemeinden ist die Steuerhoheit und damit die Selbständigkeit genommen, ohne daß ihnen das Reich die Fürsorgepflicht an der Lebensfront hätte abnehmen können. Die Folge ist ein Kampf des sittlichen Gefühls der Bürger gegen den materialistischen Geist der formalen gesetzlichen Macht, die sich auf den Geldbeutel des Berliner Staatsoberhauptes stützt. Die weitere Folge ist ein Kampf aller gegen alle, das Zeichen der Unordnung, an der Stelle der Pflichtenfüllung aller im eigenen Hause, aus eigenen Mitteln, mit eigener Verantwortung. Nach Bismarcks Abgang hörte die soziale Führung unseres Landes auf. Demokraten und Sozialisten trieben uns in den materialistischen Parteien- und Klassenkampf. Die Führung ward schwankend, seelenlos, undeutsch, im Gegensatz zu der Führung unserer Väter im Weltkrieg. Nach dem Kriege hat die materialistische und internationale Linke die Erhebung des deutschen Freiheitswillens bisher gelähmt. Das wir äußerlich wehrlos sind, ist kein Grund zur sozialen Schwäche. Für uns ist der Young-Plan keine Frage der Lastenverteilung von heute und morgen, sondern der Zukunft unseres Volkes. Als die Volkspartei beim Young-Plan gemeinsam mit der Linken den Weg Stresemanns ging, mußte die deutschnationale Fraktion der Regierung Hänger ihr Vertrauen entziehen. Die deutschnationalen haben aus ihrer sittlichen Grundeinstellung heraus den Gesichtspunkt des Dienens dem Parteiinteresse unter großen Parteioffern vorangestellt. Der im Ernst einen Weg aus der heutigen Not, auch der parlamentarischen, sucht, muß die materialistische zugunsten der sittlichen Einstellung aufgeben. Bei den Nationalsozialisten war noch nicht zu erkennen, welche Hälfte ihres Namens für ihr Wesen den Ausschlag gibt. Echter deutscher Nationalismus schließt echten sozialen Geist ein. Die Betonung des Sozialismus, noch dazu mit dem Zusatz der Arbeiterpartei, klingt an den marxistischen Klassengeanken an. Die Kampfmethoden der Nationalsozialisten scheinen ebensowenig national wie das Spiel der revolutionären mit Gedanken und Worten. Ihr Verlangen bei dem Versuche, zu einem Beamtenkabinett zu kommen, deutet auf fehlenden ersten Willen zu positiver Mitarbeit und der dazu nötigen Selbstbeherrschung. Dem deutschen Wesen entspricht der Revolutionsgedanke nicht; die deutsche Hoffnung hat immer aus dem Glauben an die innere Tat, die feilsche Kraft unseres Volkes, Erfüllung gesucht und gefunden.

Abg. Fröhlich (Nat.-Soz.) verliest eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß sie für Auflösung des Landtages stimmen werden.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) ruft den Nationalsozialisten zu: So sehen Sie aus! „Des Stimmensangs wegen“ nennen Sie sich unter den Bürgerlichen „national“ und unter den Völkern „sozialistisch“. Mit den Nationalsozialisten sei schlechterdings keine gemeinsame Plattform zu finden. Seine Partei bedauere es, daß man einem unpolitischen Kabinett nicht die Möglichkeit zur Arbeit gebe. Es gebe noch Kräfte in diesem Parlament, die dafür sorgen würden, daß die nationalsozialistischen Dämonen nicht in den Himmel wachsen.

Abg. Dr. Wallner (Volksp.) Die Regierung Schied brachte zuerst eine Einschränkung der Zahl der Minister. Sie bot durch ihre Zusammenziehung aus anerkannten Fachleuten die Gewähr für erfolgreiche Arbeit und für eine Vereinfachung der Staatsverwaltung, ohne daß die sozialen Belange der minderbemittelten Schichten angefaßt wurden. Der überwiegende Teil der Bevölkerung erwartet dringend Regierungstätigkeit zur Behebung der Notlage von Volk und Wirtschaft. Er hat kein Verständnis für Neuwahlen. Es ist unverantwortlich, ein Land nur wegen der Erwinnung auf Wandausgewinn in einen Wahlkampf zu führen. Die häufigen Wahlen und Regierungskrisen geben der arbeitenden sächsischen Wirtschaft den Vernichtungstoß, vergrößern die Arbeitslosigkeit und erschweren die Existenzbedingungen der Gewerbetreibenden und der Arbeitnehmer. Nicht zuletzt leiden darunter auch die Sparere und Rentnerbezieher, deren gerechte Forderungen hierdurch verstoßen werden. Die Landtagsauflösung ist ein Gemisch des Wiederanstehens und der Ermäßigung des Aufstiegs minderbemittelter Kreise in eine kulturtragende Mittelschicht. Wir stimmen daher gegen die Landtagsauflösung.

Abg. Schladebach (Landvolk): Seine Partei überlasse die Verantwortung denen, die aus parteipolitischen Gründen für Auflösung seien.

Abg. Gund (Mfso.) meint, der Landtag sei noch lebenskräftig genug. Seine Freunde hätten aus idealen Gründen die größten Opfer gebracht. Sie hätten aber nicht, wie die Nationalsozialisten, den Wählern das blaue vom Himmel versprochen. Er und sein Freund würden gegen die Auflösung des Landtags stimmen. Er bedauere es, daß die Sozialdemokraten die Nationalsozialisten in ihrem unverantwortlichen Schreiben unterführten. Ohne Rat dürfe ein Kabinett nicht transigiert werden.

Nach einem Schlußworte des Berichterstatters Hartig findet die

#### Abstimmung

Um 4.30 Uhr beschließt das Haus in namentlicher Abstimmung mit 50 gegen 46 Stimmen die Auflösung des Landtags. Für den Auflösungsantrag stimmen 33 Sozialdemokraten, 12 Kommunisten und 5 Nationalsozialisten; gegen die Auflösung stimmen die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die deutschnationale Volkspartei, die Landvolkspartei, die Demokraten, die Volkswächler und die Mfsozialisten.

Der Präsident erklärt, daß die Bestimmungen des § 9 der Verfassung erfüllt seien. Der Landtag ist aufgelöst. Beifall auf der linken Seite des Hauses und auf den Tribünen.

### Der 22. Juni 1930 Wahltag.

Dresden. Das Gesamtministerium hat beschlossen, als Tag für die Wahl des neuen Landtages den 22. Juni zu bestimmen. Die Wahlvorschlüsse der Parteien müssen in folgender Weise bis zum 3. Juni eingereicht sein.

### Bürgerliche Wahlgemeinschaft?

Dresden. Der Landesverband der Deutschen Volkspartei Sachsen hat an die deutschnationale Volkspartei, das Sächsische Landvolk, die Wirtschaftspartei und die Demokratische Partei die Einladung gerichtet, im Laufe dieser Woche an einer Besprechung über ein gemeinsames Vorgehen bei den Landtagswahlen aufzutreten.

### Deutschnationale Anträge zum Haushalt des Innenministeriums.

Abg. Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat zum Haushalt des Innenministeriums im Ausschuss eine große Zahl von Anträgen eingebracht. Es wird beantragt, für Zwecke des zivilen Luftschutzes zwei Millionen Mark in den Etat einzusetzen. Die Mittel für den Reichskunstabdruck sollen gestrichen werden. Zugleich mit dem Verfassungsabdruck soll in den Schulen eine Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen des Verfallers Diktats gegeben werden. Die Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus sollen wie im Vorjahre auf 1,8 Millionen Mark erhöht werden. Schließlich sollen die Kosten für Maßnahmen zum Schutze der Republik und die Verfassungsfeste der Reichsregierung gestrichen werden. In einem anderen Antrag wird ein Ausschuss verlangt zu dem Zweck, die sämtlichen den Erwerb der Aktienmehrheit der Gemelta betreffenden Zusammenhänge zu prüfen. In einer Entscheidung wird die Reichsregierung aufgefordert, daß mehr als bisher eine eingehende Aufklärung über die Gefahren der Fremdenlegion erfolgt. Ferner soll dem Reichstag baldmöglichst ein Gesetzentwurf zur Ausführung des Art. 48 der Reichsverfassung vorgelegt werden. In Verhandlungen mit Breußen soll erreicht werden, daß der Bundesrat des preussischen Innenministeriums über die Bekämpfung von Kommunalbeamten, die sich am Volksbegehren beteiligen haben, zurückgenommen wird. Schließlich sollen im Benehmen mit den Ländern Verordnungen getroffen werden, die in enger Verbindung mit den christlichen Kirchen eine wirksame Bekämpfung der unter dem Namen „Kulturholismus“ zusammenschließenden Bestrebungen auf dem Gebiete der Schule, des Rundfunks, des Films, des Theaters, der Musik und anderer Darbietungen verbürgen.